

Referat RS III 6
RS III 6 - 15700/3

Bonn, 25. Mai 1994
Hausruf: 2956

265284

Vermerk

Betr.: BGR-Auftrag zur Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle

Anlg.: - 2 -

Vor dem Hintergrund der Presseveröffentlichungen über die Arbeiten der BGR im Zusammenhang mit der Erkundung alternativer Standorte (Anlage 1) hat Herr AL RS am 19. Mai 1994 entschieden, daß in den im September diesen Jahres von der BGR fertigzustellenden Berichten keine Reihung der betrachteten Standorte vorgenommen werden soll. Unberührt hiervon soll die Entwicklung von Eignungskriterien bleiben, denen in Frage kommende Endlagerstandorte genügen müssen. Herr UAL RS III teilte RS III 6 mit, daß er Herrn [] /BGR darüber unterrichtet habe (Anlage 2).

RS III 6 hat sich weisungsgemäß mit dem BMFT in Verbindung gesetzt. Nach Auskunft von [] vom 24. Mai 1994 stimmt BMFT diesem Vorgehen zu und wird auch in seinem Auftrag an die BGR für entsprechende Umsetzung Sorge tragen. UAL 52, Dr. Menden, der den BMFT in der nächsten Sitzung des BGR-Kuratoriums am 27. Mai 1994 vertreten wird, ist über [] über den Vorgang informiert und bereit, BMU ggf. zu unterstützen.

Die RSK-Geschäftsstelle ist unterrichtet, daß BMU von einer weiteren Beratung dieser Thematik absieht.

...

265285

Nach telefonischer Aussage von 1/BGR vom 24. Mai 1994
befindet sich die BGR derzeit in der Phase 3 (ranking) und be-
absichtigt - in Entsprechung des Anrufes von Herrn Dr. Matting
vom 19. Mai 1994 -, in den im September vorzulegenden Abschluß-
berichten auf die Angabe einer Reihenfolge der geeignetsten
Standorte zu verzichten. Er teilte aber mit, daß BGR derzeit
beabsichtige, die Arbeiten intern gleichwohl planmäßig fortzu-
setzen und insofern eine Reihenfolge - allerdings nur BGR-intern
- festzulegen. Er begründete diese Haltung im wesentlichen da-
mit, daß man im Prinzip schon weit fortgeschritten sei und be-
reits an dieser abschließenden Bewertung arbeite.

Insofern muß h.E. im Hinblick auf die Diskussion anlässlich der
nächsten Sitzung des BGR-Kuratoriums am Freitag, dem 27. Mai
1994, entschieden werden, ob

- BMU der BGR-Absicht, dieses BGR-interne Ranking vorzunehmen,
zustimmt
- oder ob BGR um Einstellung auch dieser internen Arbeiten ge-
beten werden soll.

Als Alternative könnte evtl. erwogen werden, die Arbeiten am
Ranking der salinaren und nichtsalinaren Strukturen zu unterbre-
chen und/oder die Abschlußberichte nicht im September, sondern
erst etwa zum Jahresende 1994 herauszugeben.

*Des Eilbedürfnisses wegen ohne Abstimmung
im einzelnen mit Herrn UAL RS im
Herrn AL RS m.d.B. um Entscheidung
verfügt.*

I. V. Kres

1/ Kichler: 10.5.

U.H. d. Kats u/R + K

[Signature]

Alte 276

Referat RS III 6
RS III 6 - 15700/3

Bonn, 25. Mai 1994
Hausruf: 2956

265292

Vermerk

Betr.: Diskussion über die Erkundung alternativer Standorte zu Gorleben

Anlg.: - 6 -

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ) löste mit ihrem Artikel vom 18. Mai 1994 unter dem Titel "Bund untersucht Alternativen zum Atom-Endlager Gorleben" (Anlage 1) einige Beunruhigung insbesondere in den neuen Bundesländern aus. In diesem Artikel stellt die HAZ dar, daß sich das BMU "offensichtlich auf einen Rückzug" vom Endlagerstandort Gorleben vorbereite und die BGR laut einem vertraulichen RSK-Protokoll im September 1994 eine erste Rangliste der Alternativstandorte zu Gorleben vorlegen werde, und benennt sechs, von der BGR als untersuchungswürdig bezeichnete Salzstöcke in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

BMU reagierte noch am selben Tag mit der Herausgabe einer Presseerklärung unter dem Titel "Endlagerprojekt Gorleben - Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, auf alternative Standorte auszuweichen" (Anlage 2), in der darauf hingewiesen wird, daß die von der BGR durchgeführten Untersuchungen auf die Koalitionsvereinbarung von 1990 zurückgehen, in der eine "Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde Abfälle unbeschadet der Fortführung des Genehmigungsverfahrens Gorleben" vereinbart wur-

...

de. Ferner wird klargestellt, daß hierüber in den Energiekonsens-Gesprächen berichtet wurde, und daß es bei den Untersuchungen darum gehe, für den Fall, daß sich Gorleben nach Erkundung wider Erwarten als ungeeignet herausstellen sollte, über ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse über alternative Möglichkeiten zu verfügen.

Am 19. und 20. Mai 1994 griffen eine Reihe von Zeitungen die Thematik auf und berichteten unter anderem über empörte Reaktionen der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, obwohl die Umweltministerien dieser wie aller anderen Bundesländer zur Sitzung des RSK-Endlagerausschusses am 10. Dezember 1993, in dem die Thematik ausführlich beraten wurde, eingeladen waren, über das Protokoll dieser Sitzung verfügen und die Thematik aktuell in der UMK am 18./19. Mai 1994 in Dresden erörtert wurde (Anlage 3).

Am 20. Mai 1994 hat MdB Hans-Joachim Hacker zwei schriftliche Fragen an die Bundesregierung gerichtet, in denen u.a. um Angabe der in Mecklenburg-Vorpommern untersuchten Standorte gebeten und nach der Information der Bewohner anliegender Gemeinden gefragt wird (Anlage 4).

Die Diskussion in den Medien erweckt fälschlicherweise den Eindruck, daß der Bund Zweifel an der Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben habe und deshalb konkret nach alternativen (Ersatz-)Standorten suche. Dem ist aber nicht so. Weder geben die bisherigen Erkenntnisse Anlaß, die begründete Erwartung der Bundesregierung hinsichtlich der Eignung von Gorleben zu revidieren noch gar denkt die Bundesregierung daran, die Erkundung anderer Standorte - unbeschadet der durchgeführten Literaturstudie - vor Ort voranzutreiben.

265294

Zum Sachverhalt wird noch auf folgendes hingewiesen:

Die BGR wurde mit BMU-Schreiben vom 8. Mai 1991 (Anlage 5) gebeten zu ermitteln, welche Salzlagerstätten in den neuen Bundesländern gegebenenfalls untersuchungswürdig insbesondere im Hinblick auf die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle sind. Analog zu den in der Vergangenheit für das Gebiet der alten Bundesrepublik bereits durch BGR durchgeführten Arbeiten sollen durch Sichtung des im beigetretenen Gebiet vorhandenen Datenmaterials - also als Literaturarbeit und ohne Felduntersuchungen vor Ort - untersuchungswürdige Standorte benannt werden.

Mit Schreiben vom 31. Mai 1991 (Anlage 6) hat BMFT die BGR beauftragt, eine analoge Untersuchung für nichtsalinare Formationen durchzuführen.

Die Arbeiten gliedern sich auftragsgemäß in drei Phasen. In der ersten Phase hat die BGR bis November 1991 eine Grobübersicht über untersuchungswürdige salinare und nichtsalinare Vorkommen erarbeitet und vorgelegt. Dabei hat die BGR hinsichtlich der salinaren Formationen sechs Salzstöcke ausgewiesen, die die vorgegebenen Eignungsparameter nach dem Stand der Kenntnisse weitgehend erfüllen und als vorrangig untersuchungswürdig erscheinen. Weitere sechs Salzstöcke, die nur zum Teil den Eignungsparametern entsprechen, wurden als weniger untersuchungswürdig bewertet.

In der zweiten, bis Mitte 1993 vorgesehenen Phase sollten die als vorrangig untersuchungswürdig bezeichneten Strukturen vertiefend untersucht und für die weniger untersuchungswürdigen sechs Strukturen die eignungs mindernden Parameter ausgewiesen werden. Mitte 1993 hat die BGR einen Zwischenbericht vorgelegt, der allerdings nur exemplarisch die Ergebnisse zu einem Salz-

265295

stock, der als vorrangig untersuchungswürdig bewertet wurde (Gülze-Sumte in Südwestmecklenburg), beinhaltet.

In der dritten Bearbeitungsphase sollen schließlich sowohl die Salzstöcke der alten - hier wurden in den seinerzeitigen Untersuchungen eine Reihe von Salzstöcken als besonders untersuchungswürdig ermittelt - als auch der neuen Bundesländer zusammenfassend bewertet und eine Rangfolge der als am untersuchungswürdigsten eingestuften Standorte festgelegt werden. Die Ergebnisse der Bearbeitungsphasen zwei und drei sollen im September 1994 abschließend dokumentiert vorgelegt werden. Analog sollte bzgl. der nichtsalinen Formationen im BMFT-Auftrag vorgegangen werden.

i.v. feres²

Bund untersucht Alternativen zum Atom-Endlager Gorleben

Sechs Salzstöcke in Ostdeutschland in der engeren Auswahl / Auch Granit geprüft

Im Streit um das geplante Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben bereitet sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) offensichtlich auf einen Rückzug vor: Bereits seit Monaten fahnden Geowissenschaftler des Bundes nach alternativen Endlagerstätten für Atomab-

fälle. Sechs Salzstöcke in den neuen Bundesländern wurden bereits als besonders untersuchungswürdig bewertet. Auch bei der Auswahl möglicher Lagerstätten in Granitgestein wurden die Wissenschaftler vornehmlich in Ostdeutschland fündig. Im September soll eine erste Rangliste der Alternativstandorte zu Gorleben vorliegen.

Wie aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission (RSK), einer dem Bundesumweltministerium zugeordneten Expertenkommission, hervorgeht, hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt als besonders untersuchungswürdig bewertet. Für alle sechs Standorte, die als mögliche Alternative zum geplanten Endlager in Gorleben in Betracht kommen, liegt nach den Ausführungen des Expertengremiums bereits ausgewertetes Datenmaterial vor. Insgesamt erfüllen nach den Erkundungen der BGR zwölf Salzstöcke in der norddeutschen Tiefebene die Vorauswahlkriterien. In einem abschließenden Bericht, der ebenfalls im September fertiggestellt sein soll, will die BGR zwölf Standorte benennen, die sich für eine intensivere Erkundung anbieten.

Bei der Wahl möglicher Lagerstätten in Granit und anderen kristallinen Gesteinsarten werden im RSK-Protokoll 25 Standorte in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg genannt. Außerdem hat sich die BGR eine Übersicht über die Granitvorkommen im Bayerischen Wald, im Oberpfälzer Wald und im Schwarzwald sowie über die Kristallinmassive im Westharz, im Odenwald und im Spessart verschafft. Bei der Vorauswahl hätten sich elf Standorte als besser geeignet herausgestellt, heißt es in dem Protokoll.

Das niedersächsische Umweltministerium, das Töpfer seit Jahren auffordert, mit der Erkundung alternativer Standorte zu Gorleben zu beginnen, begrüßt die Untersuchungen. Der Bund habe dies bislang immer hinausgezögert, sagt Sprecherin Eva-Maria Rexing. Nun gebe es erste konkrete Schritte. Allerdings blieben diese Arbeiten weit hinter den Forderungen zurück, die unabhängige Wissenschaftler auf dem internationalen Endla-

ger-Hearing im September vergangene Jahres aufgestellt hätten. Dort sei nicht nur die Suche nach alternativen Standorten für notwendig befunden worden, sondern auch die Entwicklung von Kriterien nach denen die Eignung eines Standort bewertet werden soll.

Der in Niedersachsen eigens ins Leben gerufene wissenschaftliche Beirat zum Ausstieg aus der Atomenergie ist indes nicht über die Arbeiten des Bundes informiert worden. Der Beirat sei mit genügend anderen Fragen beschäftigt, meinte Rexing dazu. Es sei nicht Aufgabe des Umweltministeriums, die Wissenschaftler über Ergebnisse von Sitzungen der Reaktorsicherheitskommission zu informieren.

Ein Sprecher Töpfers betonte auf Anfrage, die Untersuchungen der Geowissenschaftler hätten einen vorsorgenden Charakter. „Falls sich Gorleben als ungeeignet erweist, wollen wir nicht mit leeren Händen dastehen.“

(Kommentar Seite 2)

Original schlecht lesbar

265296

Endlager Gorleben

Stiller Rückzug

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat den Glauben an das geplante Atommüllendlager in Gorleben offenbar verloren. Unbemerkt von der Öffentlichkeit wird nach alternativen Standorten für die Lagerung des strahlenden Mülls gesucht. Während Töpfer sich mit der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griffler noch Scheingerechte darüber liefert, ob die Erkundungsarbeiten in Gorleben fortgesetzt werden, wird in Bonn hinter verschlossenen Türen bereits eine Vorauswahl anderer geeigneter Standorte diskutiert.

Das Interesse der Koalition am Endlager-Standort Gorleben flaut ab. Dies zeigte schon die Anerkennung langfristiger Zwischenlager als Nachweis für die Entsorgung. Die im vergangenen Monat beschlossene Regelung entlastet Töpfer von dem Druck, bis zum Jahr 2008 eine Atommülldeponie bereitzustellen. Daß der Minister die so gewonnene Atempause nutzt, um Alternativen zu dem umstrittenen Standort im Wendland zu suchen, ist nur verständlich. Doch der Minister verjagt eine große Chance, wenn er dies in aller Heimlichkeit betreibt.

Dahinter steckt wohl die Angst vor einem Aufschrei in den betroffenen Regionen. Doch offensichtlich hat

Töpfer aus dem längsten Streit in der Geschichte der Atomenergie nichts gelernt. Sonst würde er die gleichen Fehler wie in Gorleben nicht noch einmal machen. Erneut wird die Öffentlichkeit nicht über die Pläne des Bundes informiert, Auswahlkriterien für Endlagerstandorte werden nicht frühzeitig offengelegt und diskutiert. Am Ende steht der Widerstand der Betroffenen, die sich wieder einmal von den Politikern überrannt fühlen.

Margit Kautenburger

265297

90/94 S

Bonn, 18.05.1994

Akt 28

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit teilt mit:

Endlagerprojekt Gorleben - Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, auf alternative Standorte auszuweichen

Als "alten Hut" bezeichnete Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer die Meldung der HAZ vom heutigen Tage, "Bundesumweltministerium untersucht Alternativen zum Atom-Endlager Gorleben". "Die Bundesregierung denkt gar nicht daran, sich aus der weiteren Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlger für radioaktive Abfälle zurückzuziehen", erklärte Töpfer heute zu entsprechenden Pressemeldungen.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung von 1990 sei für die laufende Legislaturperiode eine "Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde Abfälle unbeschadet der Fortführung des Genehmigungsverfahrens Gorleben" festgeschrieben worden. Hierüber sei auch in den Energiekonsens-Gesprächen berichtet worden. Der RSK-Unterausschuß habe festgestellt, daß weder aus Gründen der Entsorgungskonzeption noch aus den Untersuchungsergebnissen zu Gorleben sich die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen. Trotzdem seien auf der Basis der Koalitionsvereinbarung rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten zur Untersuchung von Salz- und Kristallin-Formationen wie Granit eingeleitet worden. Diese umfassen sowohl Formationen in den alten wie den neuen Bundesländern; dabei liege der Schwerpunkt für Granit- und Kritallin-Formationen in den alten Bundesländern. Aus diesem seit langem bekannten Vor-

...

haben eine Abkehr von Gorleben ableiten zu wollen, sei völlig abwegig. Es gehe nur darum für den Fall, daß sich Gorleben nach Erkundung wider Erwarten als ungeeignet herausstellen sollte, über ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse über alternative Möglichkeiten zu verfügen. Dies sei aus Gründen der Entsorgungsvorsorge geboten, betonte der Bundesumweltminister.

AL ~~RS~~ Anlage

Atommüll TM

265299

23 III c

Bund untersucht Alternativen zum Endlager Gorleben -
Tagesmeldung (neu: Reaktionen)

Hesse Deummann
zum Ausgang
des 23/15

Utl: Sechs Standorte in Ost- und Süddeutschland in
der Auswahl - Niedersachsen mahnt Kriterienkatalog an =

Hannover (AP) Die Bundesregierung sucht nach Alternativen zum umstrittenen geplanten Atommüll-Endlager im niedersächsischen Salzstock Gorleben. Wie der Sprecher des Bundesumweltministeriums, Franz-August Emde, am Mittwoch in Bonn erklärte, werden seit den 70er Jahren andere mögliche Standorte erkundet - zunächst in West- und später in Gesamtdeutschland. Dabei würden oberirdisch meist anhand von Karten Standorte in Salzstöcken und im Granit geprüft. Auch habe sich das Bundesforschungsministerium an zwei Erkundungen im Granit in der Schweiz und in Schweden beteiligt.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" (Mittwochausgabe) hatte berichtet, daß Geowissenschaftler des Bundes seit Monaten nach anderen Endlagerstätten fahndeten. Sie hätten sechs Salzstöcke in Ostdeutschland als besonders untersuchungswürdig bewertet. Auch bei der Auswahl möglicher Lagerstätten in Granitgestein seien die Wissenschaftler vor allem in Ostdeutschland fündig geworden. Nach einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission solle am 23. September eine erste Rangliste der Alternativstandorte zu Gorleben vorliegen.

Eine Sprecherin des niedersächsischen Umweltministerium begrüßte, "daß über Alternativen nachgedacht wird und auch Bundesumweltminister Klaus Töpfer erkennt, daß Gorleben nicht geeignet ist". Ein neues Endlager könne jedoch nicht mit dem Finger auf der Landkarte gesucht werden. Die Entwicklung von vernünftigen Kriterien sei notwendig, bevor man auf die Suche nach einem Endlager gehen könne. So hätten Wissenschaftler bei einem Hearing als Kriterien für ein Endlager etwa Strahlenschutz, Strahlensicherheit

PAPIER
TELEX
HOLZMANN
PAPIER
TELEX

Original schlecht lesbar

265300

und natürliche Barrieren genannt.

Als besonders untersuchungswürdig hat nach dem Zeitungsbericht die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt bewertet. Für alle sechs Standorte, die als mögliche Alternative zum geplanten Endlager in Gorleben in Betracht kämen, liege ausgewertetes Datenmaterial vor.

Bei der Wahl möglicher Lagerstätten in Granit und anderen kristallinen Gesteinsarten werden der Zeitung zufolge in dem Protokoll 25 Standorte in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg genannt. Außerdem habe sich die Bundesanstalt eine Übersicht über die Granitvorkommen im Bayerischen Wald, im Oberpfälzer Wald und im Schwarzwald sowie über die Kristallinmassive im Westharz, im Odenwald und im Spessart verschafft.

Ende

AP/vf/gw/tt/

181240 mai 94

HOLZMANN
PAPIER
TELEX
HOLZMANN
PA

VERBODEN TOEGANG

VERBODEN TOEGANG

112 (K) -> Bodo Mühe
bas165 3 pl 287 vvvvb dpa 4003

265301

Atom Müll/
(Überblick)

Original schlecht lesbar

Bonn: Seit Jahren wissenschaftliche Suche nach Endlager-Alternative=

Ronn/Hannover (dpa) - Das Bundesumweltministerium hat bestätigt, daß die Suche nach möglichen Alternativen für das Atomüllendlager Gorleben auf Ostdeutschland ausgedehnt worden ist. Seine Sprecherin Marlene Mühe unterstrich jedoch am Mittwoch mit Blick auf einen entsprechenden Bericht der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", es handele sich um rein wissenschaftliche Erkundungsarbeiten. Die Bundesregierung gehe nach wie vor davon aus, daß Gorleben als Endlagerstätte geeignet sei.

Nach Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover, auf die sich die Zeitung bezieht, handelt es sich um die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak (Mecklenburg-Vorpommern), Werle und Netzeband (Brandenburg) sowie Peckensen und Jahrstedt (Sachsen-Anhalt). Für alle sechs Standorte liege schon ausgewertetes Datenmaterial vor.

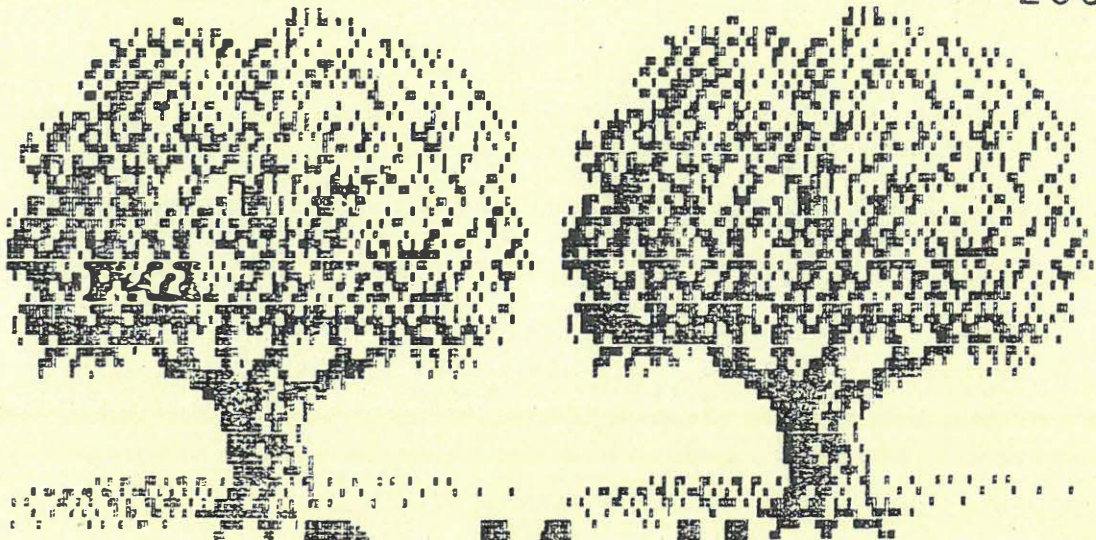
Auch bei der Auswahl möglicher Lagerstätten in Granitgestein sind dem Bericht zufolge die Wissenschaftler vornehmlich in Ostdeutschland fundig geworden. Nach einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission (RSK) solle im September eine erste Rangliste der Alternativstandorte zu Gorleben vorliegen. Insgesamt würden im RSK-Protokoll 25 Standorte in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg genannt. Außerdem gebe es eine Übersicht über Granitvorkommen im Bayerischen Wald, im Oberpfälzer Wald, Schwarzwald, Westharz, Odenwald und Spessart.

Mühe verwies darauf, daß Erkundungsarbeiten in verschiedenen Gesteinsarten bereits seit den 70er Jahren in der Bundesrepublik betrieben worden seien. Hierzu liege ein Bericht der Bundesanstalt vor. In der Koalitionsvereinbarung über den künftigen Energiekurs sei ausdrücklich die Möglichkeit von Paralleluntersuchungen zu Gorleben festgeschrieben worden. Konkret könne jedoch keine Rede davon sein, daß jetzt ein anderer Standort als Gorleben vorgesehen werde. Entschieden wies sie Mutmaßungen zurück, die Suche in Ostdeutschland werde als Gemeinsache betrieben. Wie es ergänzend von informierter Seite hieß, sind bereits vor einiger Zeit auch in Zusammenarbeit mit der Schweiz Forschungen über Granitlagerstätten für Atomüll betrieben worden.

dpa ke uk kd

181022 Mai 94

HOLZMANN PAPIER
TELEX
HOLZMANN PAPIER
TELEX
HOLZMANN PAPIER
TELEX



B M W

PRESSESPIEGEL

VOM 19. 05. 1994



- * Frankf. Rundschau
- (*) FAZ
- * Die Welt
- * Bild
- * Süddeutsche Ztg.
- * Tagesspiegel
- * Handelsblatt
- * taz
- * WAZ
- * Stuttgarter Ztg.
- * Hamb. Morgenpost
- * Leipziger Volksztg.

- * General Anzeiger
- * Bonner Rundschau
- * Kölner Stadt Anzg.
- * Neue Osnabr. Ztg.

- * Stern
- * Spiegel
- * Die Zeit
- * Rhein. Merkur
- * Sonntagsblatt
- * Wirtsch. Woche
- * Natur
- * BN-Energ. Report
- * Welt am Sonntag
- * Bild am Sonntag
- * Auto Bild
- * Focus
- * Freitag
- * Die Woche

Töpfer hält an Gorleben fest

Dt. HANNOVER, 18. Mai. Bundesumweltminister Töpfer beabsichtigt nicht, die Untersuchung des Gorlebener Salzstocks auf seine Eignung als Endlager für hochradioaktive Abfälle zu beenden. Töpfer wies am Mittwoch einen Bericht zurück, wonach sich der Bund aus Gorleben zurückziehen wolle, weil in den neuen Bundesländern geeignete Endlager-Standorte gefunden worden seien. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ hatte am selben Tag gemeldet, daß die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover Datenmaterial über sechs Salzstöcke in den neuen Bundesländern geprüft und alle sechs als besonders förderungswürdig bewertet habe.

Die BGR bereite einen Bericht für die Reaktorsicherheitskommission vor, hieß es, in dem zwölf Standorte klassifiziert würden, die sich für eine intensivere Erkundung anböten. Elf weitere seien in einer Vorauswahl ausgeschieden. In Betracht gezogen würden nicht nur Salzformationen (wie in Gorleben), sondern auch Granit und andere kristalline Gesteine in der Oberpfalz, im Bayerischen Wald, im Spessart, im Schwarzwald, im Odenwald und im Westharz. In den neuen Bundesländern wurden der Zeitung zufolge die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erwähnt.

Töpfer bestätigte, daß es im Zusammenhang mit der Suche nach geeigneten Endlager-Formationen seit Ende der siebziger Jahre Untersuchungen von Salz- und Kristallin-Gesteinen in verschiedenen Bundesländern gebe. Diese seien in den Koalitionsvereinbarungen von 1990 auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt worden. Aus diesen seit langem bekannten Forschungen eine Abkehr von Gorleben ableiten zu wollen sei völlig abwegig. Vielmehr sei ausdrücklich festgehalten worden, daß die weiteren Standorterkundungen „unbeschadet der Fortführung des Genehmigungsverfahrens Gorleben“ vorgenommen würden. Nur für den Fall, daß sich Gorleben nach der untertägigen Erkundung „wider Erwarten“ als ungeeignet herausstellen sollte, wolle man beizeiten wissenschaftliche Erkenntnisse über Ausweichmöglichkeiten sammeln. Die niedersächsische Landesregierung steht seit 1990 auf dem Standpunkt, daß die in diesem Bundesland betriebenen Endlagerprojekte in Gorleben (für stark wärmeentwickelnde Abfälle) und Schacht Konrad (für schwach wärmeentwickelnde Abfälle) nicht für die vorgesehenen Zwecke geeignet seien, und fordert daher, die Suche anderswo fortzusetzen.

19. 05. 1994

25 III

- * Frankf. Rundschau
- * FAZ
- * Die Welt
- * Bild
- * Süddeutsche Ztg.
- * Tagesspiegel
- * Handelsblatt
- * taz
- * WAZ
- * Stuttgarter Ztg.
- * Hamb. Morgenpost
- * Leipziger Volksztg.

- * General Anzeiger
- * Bonner Rundschau
- * Kölner Stadt Anzg.
- * Neue Osnabr. Ztg.
- * (Hannoversche Allg.)
- * Saarbrücker Ztg.
- * Express
- * Flbg. Tagesblatt
- * Elbe-Jeetzel-Ztg.
- * Die Rheinpfalz
- * Badische Ztg.
- * VDI-Nachrichten
- * Wochenpost

- * Stern
- * Spiegel
- * Die Zeit
- * Rhein. Merkur
- * Sonntagsblatt
- * Wirtsch. Woche
- * Natur
- * BN-Energ.Report
- * Welt am Sonntag
- * Bild am Sonntag
- * Auto Bild
- * Focus
- * Freitag
- * Die Woche

Endlager Gorleben

Stiller Rückzug

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat den Glauben an das geplante Atommüllendlager in Gorleben offenbar verloren. Unbemerkt von der Öffentlichkeit wird nach alternativen Standorten für die Lagerung des strahlenden Mülls gesucht. Während Töpfer sich mit der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn noch Scheingefechte darüber liefert, ob die Erkundungsarbeiten in Gorleben fortgesetzt werden, wird in Bonn hinter verschlossenen Türen bereits eine Vorauswahl anderer geeigneter Standorte diskutiert.

Das Interesse der Koalition am Endlager-Standort Gorleben flaut ab. Dies zeigte schon die Anerkennung langfristiger Zwischenlager als Nachweis für die Entsorgung. Die im vergangenen Monat beschlossene Regelung entlastet Töpfer von dem Druck, bis zum Jahr 2008 eine Atommülldeponie bereitzustellen. Daß der Minister die so gewonnene Atempause nutzt, um Alternativen zu dem umstrittenen Standort im Wendland zu suchen, ist nur vernünftig. Doch der Minister vergibt eine große Chance, wenn er dies in aller Heimlichkeit betreibt.

Dahinter steckt wohl die Angst vor einem Aufschrei in den betroffenen Regionen. Doch offensichtlich hat Töpfer aus dem längsten Streit in der Geschichte der Atomenergie nichts gelernt. Sonst würde er die gleichen Fehler wie in Gorleben nicht noch einmal machen: Erneut wird die Öffentlichkeit nicht über die Pläne des Bundes informiert, Auswahlkriterien für Endlagerstandorte werden nicht frühzeitig offengelgt und diskutiert. Am Ende steht der Widerstand der Betroffenen, die sich wieder einmal von den Politikern überrannt fühlen.

Margit Kautenburger

18.5.94

25.11.96

2. Vg. 23/5

Presseauswertung BMU

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

Stroetmann: Länder ohne Abfallkonzept

hal. BONN, 18. Mai. Der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Clemens Stroetmann, hat der SPD und einigen unionsregierten Ländern vorgeworfen, in der Abfallpolitik kein Konzept zu haben. Der Bundesrat wird an diesem Freitag das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ablehnen, das der Bundestag Mitte April gebilligt hatte. Stroetmann kritisierte, daß es bei der Ablehnung dieses Gesetzes, das er eines der wichtigsten Vorhaben der Legislaturperiode nannte, unheilige Allianzen von unions- und SPD-regierten Ländern gebe. Die von den Ländern gewünschte Produktverantwortung sei in dem Gesetz durchaus enthalten. Allerdings könne Abfallpolitik nur erfolgreich sein, wenn man Ziele definiere, deren Erreichung man dem Markt überlasse. Dirigistische Einzelvorschriften dazu, wie Verpackungen auszusehen hätten oder was überhaupt verkauft werden dürfe, würden niemals zum Erfolg führen. In diesem Sinne komme es nicht darauf an, den Vorrang der Wiederverwertung gegenüber stofflicher und thermischer Verwertung festzuschreiben. Es gehe nur darum, die bei der Abfallverwertung jeweils beste Lösung zu finden, für deren Ermittlung Maßstäbe gesetzt werden. Stroetmann erinnerte daran, daß die Länder bei ihrer Kritik auch daran denken müßten, daß Abfallkonzepte sich mit den Regelungen der Europäischen Union vereinbaren ließen. Falls die Länder es sogar ablehnen sollten, den Vermittlungsausschuß anzurufen, werde das vermutlich die Bundesregierung tun.

Presseauswertung BMU

- * Frankf. Rundschau
- * FAZ
- * Die Welt
- * Bild
- * Süddeutsche Ztg.
- * Tagesspiegel
- * Handelsblatt
- * taz
- * WAZ
- * Stuttgarter Ztg.
- * Hamb. Morgenpost
- * Leipziger Volksztg.
- * General Anzeiger
- * Bonner Rundschau
- * Kölner Stadt Anzg.
- * Neue Osnabr. Ztg.
- * Hannoversche Allg.
- * Saarbrücker Ztg.
- * Express
- * Flbg. Tagesblatt
- * Elbe-Jeetzel-Ztg.
- * Die Rheinpfalz
- * Badische Ztg.
- * VDI-Nachrichten
- * Wochenpost
- * Stern
- * Spiegel
- * Die Zeit
- * Rhein. Merkur
- * Sonntagsblatt
- * Wirtsch. Woche
- * Natur
- * BN-Energ.Report
- * Welt am Sonntag
- * Bild am Sonntag
- * Auto Bild
- * Focus
- * Freitag
- * Die Woche

19. 05. 1994

Töpfer sucht Alternativen zu Endlager in Gorleben

„Für den Fall, daß der Salzstock wider Erwarten ungeeignet sein sollte“

Bonn – Die Bundesregierung will sich nicht aus der weiteren Erkundung des niedersächsischen Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückziehen. Umweltminister Klaus Töpfer dementierte entsprechende Berichte. Allerdings räumte er ein, daß „rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten“ an anderen Orten eingeleitet worden seien für den Fall, daß

sich Gorleben „nach Erkundung wider Erwarten als ungeeignet herausstellen“ sollte. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ hatte berichtet, Geologen des Bundes fahndeten seit Monaten nach anderen Endlagerstätten. Sie hätten sechs Salzstöcke sowie einige Lagerstätten in Granitgestein in Ostdeutschland als besonders untersuchungswürdig bewertet.

SPD und Grüne wollen im Falle einer Koalition in Bonn nur die ältesten Atomkraftwerke binnen vier Jahren abschalten. Das erklärten SPD-Chef Rudolf Scharping und der Grünen-Politiker Joschka Fischer in einem Streitgespräch in der „Zeit“. Fischer nannte den von seiner Partei beschlossenen Atomausstieg innerhalb von zwei Jahren unrealistisch. (ap. dpa)

RS III 6

Presseauswertung BMU

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

Töpfer: Salzstock in Gorleben wird weiterhin erkundet

Untersuchungen in Ostdeutschland als „alten Hut“ bezeichnet

BONN/HANNOVER, 18. Mai (dpa). Die Bundesregierung denkt nach den Worten von Umweltminister Töpfer (CDU) nicht daran, sich aus der weiten Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen. Töpfer reagierte mit dieser Erklärung am Mittwoch auf einen Bericht in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, in dem auf alternative Erkundungen auch in Ostdeutschland hingewiesen wurde. Töpfer sprach von einem „alten Hut“. Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) habe festgestellt, daß sich weder aus Gründen des Entsorgungskonzeptes noch aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen über Gorleben die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen.

Trotzdem würden auf der Basis der Koalitionsvereinbarung über den künftigen Energiekurs vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten zur Untersuchung weiterer Salz- und Kristallin-Formationen wie Granit vorgenommen. Der Schwerpunkt liege

dabei in den alten Bundesländern. Als besonders untersuchungswürdig hat nach dem Zeitungsbericht die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt bewertet. Für alle sechs Standorte, die als mögliche Alternative zum geplanten Endlager in Gorleben in Betracht kämen, liege ausgewertetes Datenmaterial vor. Insgesamt seien in einem RSK-Protokoll 25 mögliche Standorte einschließlich Granitvorkommen in den neuen Ländern genannt worden.

Die Sprecherin des Bonner Umweltministeriums, Marlene Mühe, hatte darauf verwiesen, daß Erkundungsarbeiten in verschiedenen Gesteinsarten bereits seit den 70er Jahren in der Bundesrepublik betrieben würden. In diese wissenschaftlichen Arbeiten seien nach der Einheit die ostdeutschen Länder einbezogen worden.

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

19. 05. 1994

Atommüll-Endlager

Suche nach Alternativen

rei BONN, 18. Mai. Geowissenschaftler untersuchen im Auftrag des Bundes sechs Salzstöcke in Ostdeutschland auf ihre Eignung als Atommüll-Endlager. Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) bestätigte am Mittwoch einen entsprechenden Bericht der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung*, bestritt aber die Schlußfolgerung, er leite den Verzicht auf Gorleben ein. „Die Bundesregierung denkt gar nicht daran, sich aus der weiteren Erkundung des Salzstockes Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen“, erklärte Töpfer. Es sei Teil der Koalitionsvereinbarung von 1990, nach möglichen anderen Standorten für den Fall zu suchen, daß sich Gorleben nach der Erkundung „wider Erwarten“ als ungeeignet herausstellen sollte.

Die Zeitung zitiert Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover, nach denen die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckenzen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erkundet werden.

251166

265309

19. MAI 1994

Presseauswertung BMU

- | | | |
|-----------------------|----------------------|--------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ. Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

Töpfer: Kein Rückzug aus Gorleben

Bonn/Hannover. (AP) Die Bundesregierung will sich keinesfalls aus der weiteren Erkundung des niedersächsischen Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückziehen. Mit dieser Erklärung wies Bundesumweltminister Klaus Töpfer gestern in Bonn Berichte zurück, er solle Suche Alternativen zu Gorleben. Allerdings räumte Töpfer ein, daß „rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten“ in anderen Salzstöcken und Granitformationen eingeleitet worden seien für den Fall, daß sich Gorleben „wider Erwarten als ungeeignet herausstellen“ sollte.

Töpfer sucht Atommüll-Endlager im Osten

■ Bundesumweltministerium prüft alternative Standorte zu Gorleben

Berlin (taz) – Die Bundesregierung läßt mit Hochdruck nach Alternativen zum Atommüll-Endlager Gorleben fahnden. Ins Fadenkreuz sind dabei auch erstmals Salzstöcke und Granitformationen in den neuen Bundesländern geraten. Die Sprecherin des Bundesumweltministers, Mariene Mühe, bestätigte gestern, daß Wissenschaftler der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) nach Durchsicht der Akten mindestens sechs Salzstöcke in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg als mögliche Alternativen für die Lagerung hochradioaktiven Atommülls genannt hätten. Die Namen fielen bei einem mündlichen Zwischenbericht der BGR-Wissenschaftler für die Reaktorsicherheitskommission (RSK). Im September soll die BGR erstmals seit zehn Jahren ein Gutachten mit einer naturwissenschaftlichen Rangfolge möglicher Endlagergesteine in ganz Deutschland vorlegen. „Da werden dann auch Salzstöcke aus Westdeutschland dabei sein“, versprach gestern Georg Blümel, Abteilungsleiter bei der BGR. Nach der Aktenlage kommen derzeit außer den Salzformationen auch 25 Granitgesteine in Ostdeutschland und 11 im Westen (Bayerischer Wald, Oberpfälzer Wald, Schwarzwald, Spessart, Westharz und Odenwald) als Alternativen zu Gorleben in Frage.

Im Bonner Ministerium wiegelte man gestern ab. Die Untersuchungen seien ein alter Hut. Solche Untersuchungen seien in

ben des damals mit der Vorauswahl befaßten Geologen Gerd Lüttig war Gorleben nicht unter seinen Favoriten. Das sei eine politische Entscheidung gewesen.

Der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Frieder Jelen (CDU), wandte sich gestern gegen eine Suche nach Gorleben-Alternativen in Ostdeutschland. Auch Umweltschützer kündigten Widerstand gegen ein Atommüll-Endlager in dem Bundesland an.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg reagierte nicht erleichtert. „Bei uns gibt es keine Spur von Euphorie“, so Wolfgang Ehmke von der BI. „Die Endlagersuche an anderen Orten bedeutet nicht den Abschied von Gorleben.“ Gorleben sei als Dauerzwischenlager für hochradioaktiven Atommüll weiter eingeplant. „Ab Freitag werden wir dieses Zwischenlager, dieses Zeugnis der atomaren Steinzeittechnologie, mit mittelalterlichen Rammböcken, Schleudern und Katapulten belagern“, versprach Ehmke.

der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung angekündigt worden.

Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Erstmals seit Jahren nannten die BGR-Wissenschaftler die Namen konkreter Standorte für ein Endlager. In dem vertraulichen Protokoll der RSK sind die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt erwähnt. Ein Endlagerstandort ist nach der derzeitigen Rechtslage Bedingung für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

Der Salzstock in Gorleben war 1977 nach einer geologischen Vorauswahl unter 280 Salzformationen als möglicher Endlagerstandort benannt worden. Nach Anga-

- * Frankf. Rundschau
- * FAZ
- * Die Welt
- * Bild
- * Süddeutsche
- * Tagesspiegel
- * Handelsblatt
- * taz
- * WAZ
- * Stuttgarter Z
- * Hamb. Morgenp
- * Leipziger Vol

- * General Anzeiger
- * Bonner Rundschau
- * Kölner Stadt Anzg.
- * Neue Osnabr. Ztg.

- * Stern
- * Spiegel
- * Die Zeit
- * Rhein. Merkur
- * Sonntag
- * Sonntag
- * Woche

Hermann-Josef Tenhager

report
sonntag
sonntag

Presseauswertung BMU

265310

19. MAI 1994

294

25 III e

19. MAI 1994

Presseauswertung BMU

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

GORLEBEN**Töpfer: Kein Ausstieg**

HANDELSBLATT, Mittwoch, 18.5.1994

dpa BONN/HANNOVER. Die Bundesregierung denkt laut Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) nicht daran, „sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen“. Töpfer reagierte mit dieser Erklärung auf einen Bericht der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, in dem auf alternative Erkundungen auch in Ostdeutschland hingewiesen wurde. Er verwies auf Feststellungen der Reaktorsicherheitskommission (RSK), daß sich weder aus Gründen des Entsorgungskonzeptes noch aus den bisherigen Untersuchungsergebnissen über Gorleben die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen. Trotzdem würden gemäß der Koalitionsvereinbarung weitere Salz- und Kristallformationen vor allem in den alten Ländern untersucht.

19. MAI 1994

Presseauswertung BMU

265312

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

Töpfer will Gorleben nicht aufgeben

BONN (dpa). Seit der Einheit suchen Geologen auch in Ostdeutschland nach möglichen Standorten für ein Atommüllendlager. Dies geht aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission (RSK) hervor. Gleichwohl dankt Bonn laut Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) nicht daran, „sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle zurückzuziehen“. Seine niedersächsische Amtskollegin Monika Griefahn (SPD) forderte erneut einen Stopp der Arbeiten in Gorleben und eine konsequentere Suche nach alternativen Standorten. Im Bonner Umweltministerium wurde unterstrichen, daß derartige Erkundungsarbeiten auf wissenschaftlicher Basis im Interesse einer Vorsorge bereits seit den siebziger Jahren in Westdeutschland betrieben und nach der Einheit auf Ostdeutschland ausgedehnt worden seien. Töpfer verwies auf RSK-Feststellungen, daß sich weder wegen des Entsorgungskonzepts noch aus dem bisherigen Untersuchungsergebnis über Gorleben die Notwendigkeit ergebe, derzeit alternative Standorte zu untersuchen.

25 III e

- | | | |
|-----------------------|--------------------------|--------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * (X) Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ. Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

18.5.94

Bund untersucht Alternativen zum Atom-Endlager Gorleben

Sechs Salzstöcke in Ostdeutschland in der engeren Auswahl / Auch Granit geprüft

Im Streit um das geplante Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben bereitet sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) offensichtlich auf einen Rückzug vor. Bereits seit Monaten fahnden Geowissenschaftler des Bundes nach alternativen Endlagerstätten für Atomab-

kau. Hannover

fälle. Sechs Salzstöcke in den neuen Bundesländern wurden bereits als besonders untersuchungswürdig bewertet. Auch bei der Auswahl möglicher Lagerstätten in Granitgestein wurden die Wissenschaftler vornehmlich in Ostdeutschland fündig. Im September soll eine erste Rangliste der Alternativstandorte zu Gorleben vorliegen.

Wie aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission (RSK), einer dem Bundesumweltministerium zugeordneten Expertenkommission, hervorgeht, hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover die Salzstöcke Gülze-Sumte und Kraak in Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt als besonders untersuchungswürdig bewertet. Für alle sechs Standorte, die als mögliche Alternative zum geplanten Endlager in Gorleben in Betracht kommen, liegt nach den Ausführungen des Expertengremiums bereits ausgewertetes Datenumaterial vor. Insgesamt erfüllen nach den Erkundungen der BGR zwölf Salzstöcke in der norddeutschen Tiefebene die Vorauswahlkriterien. In einem abschließenden Bericht, der ebenfalls im September fertiggestellt sein soll, will die BGR zwölf Standorte benennen, die sich für eine intensivere Erkundung anbieten.

Bei der Wahl möglicher Lagerstätten in Granit und anderen kristallinen Gesteinsarten werden im RSK-Protokoll 25 Standorte in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg genannt. Außerdem hat sich die BGR eine Übersicht über die Granitvorkommen im Bayerischen Wald, im Oberpfälzer Wald und im Schwarzwald sowie über die Kristallinmassive im Westharz, im Odenwald und im Spessart verschafft. Bei der Vorauswahl hätten sich elf Standorte als besser geeignet herausgestellt, heißt es in dem Protokoll.

Das niedersächsische Umweltministerium, das Töpfer seit Jahren auffordert, mit der Erkundung alternativer Standorte zu Gorleben zu beginnen, begrüßte die Untersuchungen. Der Bund habe dies bislang immer hinausgezögert, sagt Sprecherin Eva-Maria Rexing. Nun gebe es erste konkrete Schritte. Allerdings blieben diese Arbeiten weit hinter den Forderungen zurück, die unabhängige Wissenschaftler auf dem internationalen Endla-

ger-Hearing im September vergangenen Jahres aufgestellt hätten. Dort sei nicht nur die Suche nach alternativen Standorten für notwendig befunden worden, sondern auch die Entwicklung von Kriterien, nach denen die Eignung eines Standorts bewertet werden soll.

Der in Niedersachsen eigens ins Leben gerufene wissenschaftliche Beirat zum Ausstieg aus der Atomenergie ist indes nicht über die Arbeiten des Bundes informiert worden. Der Beirat sei mit genügend anderen Fragen beschäftigt, meinte Rexing dazu. Es sei nicht Aufgabe der Umweltministerin, die Wissenschaftler über Ergebnisse von Sitzungen der Reaktorsicherheitskommission zu informieren.

Ein Sprecher Töpfers betonte auf Anfrage, die Untersuchungen der Geowissenschaftler hätten einen vorsorgenden Charakter. „Falls sich Gorleben als ungeeignet erweist, wollen wir nicht mit leeren Händen dastehen.“

(Kommentar Seite 2)

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

RS III 6

Jelen fühlt sich übergangen

Umweltminister gegen Atommüll-Deponie in Ostdeutschland

Der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Frieder Jelen (CDU), kritisiert die Suche des Bundes nach geeigneten Atommüllendlagern in Ostdeutschland. Mecklenburg-Vorpommern wolle nicht zum Entsorgungsgebiet für gefährliche Stoffe werden, sagte Jelen. Mit dem stillgelegten Atommeiler Lubim bei Greifswald habe das Land bereits eine nukleare Altlast. Empörend sei, daß er erst durch die Medien von den Untersuchungen erfahren habe.

Weniger beunruhigt zeigte sich dagegen sein Kollege Wolfgang Rauls (FDP) in Sachsen-Anhalt. Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) habe versichert, daß es keine konkreten Planungen gebe. Mit den Studien wolle der Bundesumweltminister offenbar nur die Daten über Ost-

deutschland vervollständigen, sagte eine Sprecherin des sachsen-anhaltinischen Umweltministeriums am Mittwoch.

Aus einem vertraulichen Protokoll der Reaktorsicherheitskommission geht, wie berichtet, hervor, daß der Bund in Ostdeutschland nach Alternativen zum Endlagerstandort Gorleben sucht und bereits sechs Salzstöcke als besonders untersuchungswürdig eingestuft hat. Nach Angaben von Bundesumweltminister Töpfer handelt es sich dabei um vorsorgende Arbeiten. Der Bund denke nicht daran, sich aus der weiteren Erkundung des Salzstocks Gorleben zurückzuziehen.

Die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) forderte unterdessen den Stopp der Erkundungen in Gorleben, um die „unsinnige Geldverschwendung zu beenden“.

Presseauswertung BMU

- | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipziger Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

18.5.94

Fügedeckel für Behältertyp „II a“ ist genehmigt**Erster Castor im Sommer?**

gel Gorleben. Wird ein Castor-Transport ins Gorlebener Zwischenlager in diesem Jahr, eventuell sogar noch im Sommer, immer wahrscheinlicher? Der Einlagerung eines Castors mit hochradioaktivem Atommüll steht jedenfalls aus formaltechnischer Sicht seit Anfang Mai nichts mehr im Wege: Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat eine Änderung am Fügedeckel für den Castortyp „II a“ genehmigt. Ein Kernkraftwerksbetreiber könnte demnach sofort einen Castor-Transport ins Gorlebener Zwischenlager anmelden, der dann nur noch vom BfS genehmigt werden müßte. Das niedersächsische Umweltministerium als Aufsichtsbehörde könnte aus politischen Gründen einen solchen Transport nicht verhindern.

Wie die EJZ von der Brenn-

elementlager-Gesellschaft Gorleben (BLG) erfuh, stehe die mit mehreren Kernkraftwerksbetreibern in „konkreten Gesprächen“. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß der erste Castor aus einem Standort mit einem Druckwasserreaktor abgeschickt wird – beispielsweise aus Philippsburg bei Karlsruhe. Der Castortyp „II a“ ist nämlich ein Behälter, in dem Abfall aus Druckwasserreaktoren transportiert wird, so die BLG. Im Atomkraftwerk (AKW) Philippsburg selbst sehe man dagegen „keine dringende Notwendigkeit“ für einen Castor-Transport, war aus Baden-Württemberg zu erfahren. Aber man befasse sich mit dieser Möglichkeit, heißt es aus Philippsburg.

Zuletzt rechneten Ende 1992 nach Ankündigungen aus der

Atomwirtschaft viele mit einem ersten Castor-Transport nach Gorleben. Ganz offensichtlich ließen die damals anlaufenden Energiekonsensgespräche die AKW-Betreiber von einem ersten Transport Abstand nehmen. Im März 1993 hatte die BLG den Änderungsantrag für den Fügedeckel gestellt. Mit dem jetzt genehmigten Fügedeckel soll es möglich sein, Schweißarbeiten nach Einlagerung des Behälters auch bei Temperaturen bis zu 60 Grad an den Bauteilen auszuführen. Nach Angaben des BfS sei dies eine Änderung für den Fall, daß beide Deckel defekt und Reparaturmaßnahmen notwendig sind. Das niedersächsische Umweltministerium weist allerdings darauf hin, daß diese Genehmigung von Betroffenen theoretisch noch beklagt werden könnte. /

25 III 1

25 III 5

Presseauswertung BMU

- | | | |
|---------------------|----------------------|-------------------|
| * Frankf. Rundschau | * General Anzeiger | * Stern |
| * FAZ | * Bonner Rundschau | * Spiegel |
| * Die Welt | * Kölner Stadt Anzg. | * Die Zeit |
| * Bild | * Neue Osnabr. Ztg. | * Rhein. Merkur |
| * Süddeutsche Ztg. | * Hannoversche Allg. | * Sonntagsblatt |
| * Tagesspiegel | * Saarbrücker Ztg. | * Wirtsch. Woche |
| * Handelsblatt | * Express | * Natur |
| * taz | * Flbg. Tagesblatt | * BN-Energ.Report |
| * WAZ | * Elbe-Jeetzel-Ztg. | * Welt am Sonntag |
| * Stuttgarter Ztg. | * Die Rheinpfalz | * Bild am Sonntag |
| * Hamb. Morgenpost | * Badische Ztg. | * Auto Bild |
| * Leipzig Volksztg. | * VDI-Nachrichten | * Focus |
| | * Wochenpost | * Freitag |
| | | * Die Woche |

Töpfers Suche nach Gorleben-Alternative*Leichteres Spiel?*

Von MARIO BECK

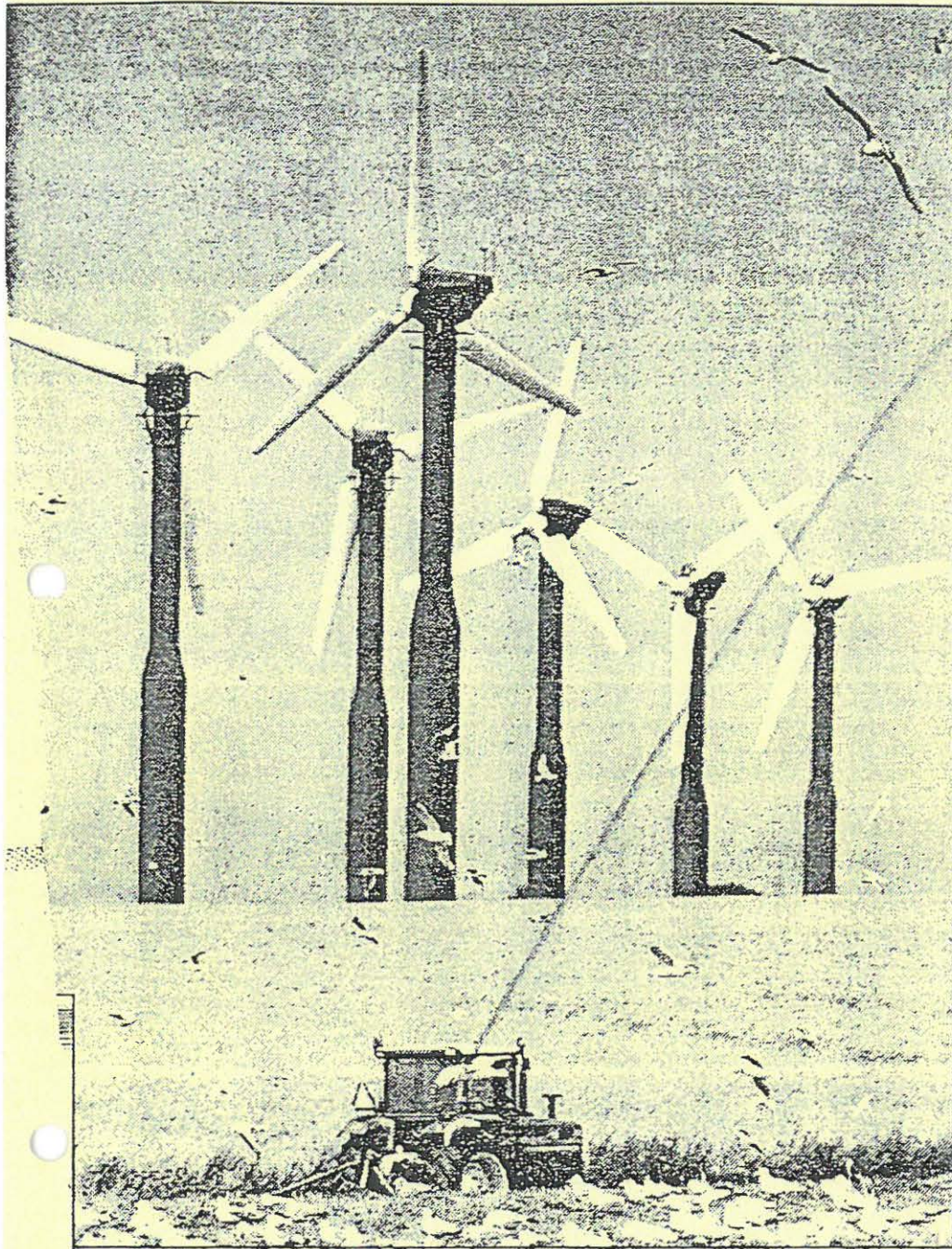
Die deutsche Nukleargemeinde und ihr politischer Wegbereiter, CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer, stehen unter Zeitdruck. 60.000 Kubikmeter hochverstrahlter Müll aus den Kernkraftwerken harren zwischengelagert in Abklingbecken und in gepanzerten Behältern der Dinge, die da kommen sollen: sichere Endlagerung oder Aufarbeitung in der geplanten Atomfabrik in Hanau. Beide Entsorgungsvarianten sind gerichtsanhängig. Wie der Streit ausgeht, ist auf Jahre völlig offen. Das von den Uranverheizern gezeichnete Modell eines sicheren Entsorgungskreislaufes hat längst seinen Bilderbuchcharakter verloren. Die Zeche für die „saubere“ Energie sind zählbare Plutonium- und Uranreste.

Wenn Töpfer jetzt Experten gen Osten schickt, um dort brauchbare unterirdische Depots aufzuspüren, spricht das für zwei Überlegungen. Er hat den Salzstock Gorleben abgeschrieben und stellt damit die aller-

gischen niedersächsischen Landespolitiker zufrieden. Auf der anderen Seite rechnet der Reaktorobere damit, daß ihm in den Neuländern kein solcher Proteststurm entgegenweht wie bei seinen bisherigen Anläufen. Morgenluft für solch leichtes Spiel dürfte der CDU-Politiker mit seinem erfolgreichen Morsleben-Vorstoß gewittert haben. Der sachsen-anhaltinische FDP-Umweltminister Wolfgang Rauls streckte schnell die Waffen, als der Bund mit dem Export von leicht- und mittelstarkem Strahlungsmüll aus den Altländern in das ehemalige Zwischenlager der DDR Ernst machte.

Töpfer muß aufpassen, daß bei seiner Suche nicht der Verdacht entsteht, Bonn wolle den Weg des geringsten Widerstandes dem der größtmöglichen Lagersicherheit vorziehen. Nur letzteres darf das Kriterium für den künftigen Standort eines Nuklearfriedhofes sein, um den Deutschland nicht herumkommt.

25 III 6



Auch bei der Nutzung der Windenergie machen sich deren Befürworter ein zu optimistisches Bild. Um mit Windgeneratoren beispielsweise eine Leistung von 1000 Megawatt (das entspricht etwa der Kapazität von eineinhalb Kohlekraftwerken) zu erzeugen, wären 4000 Propeller notwendig in einer oder mehreren Ketten von 1000 Kilometer Gesamtlänge. Das entspricht einer Länge von Emden nach Sylt in mehreren Reihen hintereinander.

Es ist daher völlig unrealistisch, wenn

Umweltgruppen die Kernenergie bis zum Jahr 2000 allein durch Windkraftwerke ersetzen wollen. Um die Energieerzeugung eines einzigen Kernreaktors zu erbringen, wären rund 16 000 Windgeneratoren notwendig. Die Probleme der Energiespeicherung in windarmen Tagen sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt.

Auch die Nutzung der Sonnenenergie wirft große technische Probleme auf. In der Regel scheint die Sonne immer dann, wenn man ihre Energie gerade nicht oder weniger

benötigt. Große Energiespeicher sind notwendig oder die zumindest Möglichkeit, auf die Stromerzeugung anderer Kraftwerke zurückzugreifen. Die Sonnenenergie kann daher immer nur einen kleinen Beitrag zum Gesamtverbrauch leisten. Und selbst der rechnet sich noch nicht.

Sonnenzellen, die auf den Hausdächern Wasser erhitzen, sind bei den heutigen niedrigen Energiepreisen nach wie vor unwirtschaftlich. Eine Solarkollektoranlage kostet für ein Einfamilienhaus etwa 10 000 Mark. Die Anlage spart jährlich rund 300 Liter Heizöl. Die Investitionskosten sind erst in mehreren Jahrzehnten wieder hereingeholt. Auch Zellen, die aus der Sonneneinstrahlung gleich Strom erzeugen, sind weit von der Wirtschaftlichkeit entfernt. Das Bundesforschungsministerium in Bonn: „Die Investitionskosten von derzeit 25 000 Mark für ein Kilowatt Leistung müßten auf etwa ein Fünftel reduziert werden, um im Vergleich zum heutigen Energiepreisniveau akzeptable Stromkosten von unter 50 Pfennige je Kilowattstunde erreichen zu können.“ In kaum einer Rechnung der Umweltgruppen ist zudem von der Energie-Amortisation die Rede. Bau, Betrieb, Abriß und die Beschaffung des Brennstoffs kosten, auf die gesamte Lebensdauer der Anlagen betrachtet, eine bestimmte Menge an Energie. Von einem sinnvollen System muß man daher erwarten, daß es mindestens den gleichen Betrag dieses Energieeinsatzes wieder herausholt. Während dies bei einem Kernkraftwerk innerhalb eines Monats schon der Fall ist oder bei einem Steinkohlekraftwerk in drei Monaten, dauert es bei Windgeneratoren etwa zehn Monate, bei Sonnenkollektoren rund ein Jahr, bei photovoltaischen Zellen sind es sogar mehrere Jahre. Ihre Energieeffizienz ist also relativ gering.

Was bleibt also zu tun? Sicherlich muß die Forschung für die regenerativen Energiequellen weiter vorangetrieben werden. Immerhin wurde bislang für die Entwicklung des Leichtwasserreaktors ungefähr das Dreifache an Fördermitteln ausgegeben wie für die regenerativen Energien. Dafür wurden bislang nur rund drei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Erst wenn es zu dramatischen Verbesserungen in der Wirtschaftlichkeit kommt, sind regenerative Energien eine wirkliche „Alternative“. Bis dahin heißt die Devise: Energiesparen, Energiesparen, Energiesparen...

Literaturempfehlung:

Martin Kaltschmitt/Andreas Wiese (Hrsg.): Erneuerbare Energieträger in Deutschland, Heidelberg 1993, Springer-Verlag, 370 Seiten, 68 Mark.

265318

294

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Bonn, 19.05.99

Telefax-Nr.: 0228/305-2016
Ansprechpartner: 0228/305-2010
Referat: Presse Bearbeiter: [redacted]

WICHTIGES TELEFAX

An ALRS -----

Telefax Nr.: ----- 110
Seitenzahl incl. Vorblatt: ----- -4-

Mitteilung/Bemerkung: -----

EILT!!!

Bitte sofort vorlegen

<input type="checkbox"/> Welt am Sonntag	<input type="checkbox"/> Tageszeitung	<input type="checkbox"/> Neue Zeit	<input type="checkbox"/> Kurier	<input type="checkbox"/> Wochenpost
<input type="checkbox"/> Tagesspiegel	<input type="checkbox"/> BILD	<input type="checkbox"/> Junge Welt	<input type="checkbox"/> Der Spiegel	<input type="checkbox"/> Eulenspiegel
<input type="checkbox"/> Bln. Morgenpost	<input type="checkbox"/> Bln. Zeitung	<input type="checkbox"/> NO	<input type="checkbox"/> Die Wirtschaft	<input type="checkbox"/>
Postleitz./Vorkommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
<input type="checkbox"/> Ostsee-Zeitung	<input type="checkbox"/> Märkische Allg.	<input type="checkbox"/> Mitteld. Zeitung	<input type="checkbox"/> Leipzig. vztg.	<input type="checkbox"/> Thüringer Landesztg.
<input type="checkbox"/> Sächsische vztg.	<input type="checkbox"/> Märkische Oberztg.	<input checked="" type="checkbox"/> Magd. Volksstimme	<input type="checkbox"/> Sächsische Ztg.	<input type="checkbox"/> Freies Wort

Original schlecht lesbar

295

265319

Töpfer-Ministerium auf der Suche nach Ersatzschächten für Gorleben

Entsetzen in der Altmark über Bonner Atommüll-Alternativen

Magdeburg/Bonn (EB). Die Nachricht schlug gestern in der Verwaltungsgemeinschaft Jeet-Ohre-Drömling im Kreis Jötze wie eine Bombe ein. Ein Salzstock zwischen Jahrstedt und Kunrau soll als alternativer Standort für ein atomares Endlager erkundet werden.

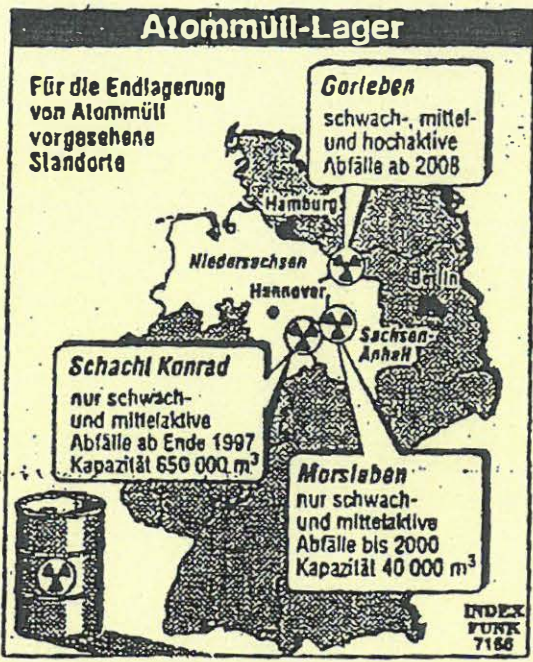
„Unvorstellbar“, so die erste Reaktion von Verwaltungschef Jürgen Bammel, der für die FDP bei der Wahl als Landratskandidat im künftigen Kreis Altmark-West antritt. „Wir sind ein strukturschwacher Raum, der auf den Ausbau des Fremdenverkehrs setzt. Ich würde den Widerstand mitorganisieren. Ein Atommüll-Endlager brauchen wir in der Altmark auf keinen Fall.“

Bei Erdgasbohrungen auf Salz gestoßen

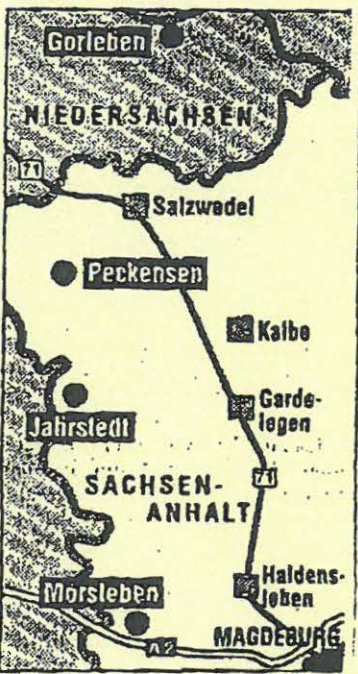
Der vom Bundesamt für Strahlenschutz ins Auge gefasste Erkundungsort liegt nördlich der Landstraße zwischen Kunrau und Jahrstedt. Dort gab es vor zwölf Jahren – nach geophysikalischen Untersuchungen – eine Probebohrung. Man suchte nach Erdgas. Bis zu einer Tiefe von 1000 Metern soll diese Bohrung abgeteufelt worden sein. In einer Tiefe von 250 Metern soll man damals auf einen Salzstock gestoßen sein. Zwischen Kunrau und Jahrstedt sind noch alte Spuren der damaligen Probebohrung zu erkennen.

Die Diskussion um Gorleben-Alternativen sei „ein alter Hut“, hieß es gestern auf Volksstimm-Nachfrage beschwichtigend aus dem Bonner Umweltministerium, nachdem die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ am Mittwoch die Alternativ-Standorte zu Gorleben genannt hatte.

Umweltminister Klaus Töpfer räumte ein, daß „rein vorsorglich wissenschaftliche Arbeiten“ an anderen Salzstöcken



Deutschlands einziges Atommüllendlager befindet sich in Morsleben (Kreis Haldensleben). Hier können bis zum Jahr 2000 schwach- und mittelradioaktive Stoffe eingelagert werden. Die Bundesregierung will ab 2008 in Gorleben auch hochradioaktive Stoffe einlagern. Als Alternativen wurden auch Jahrstedt und Peckensen in der Altmark untersucht. Karte: Ines Meisterfeld



und Granitformationen eingeleitet worden seien für den Fall, daß sich Gorleben „nach den Erkundigungen wider Erwarten als ungeeignet herausstellen“ sollte. Darunter fallen auch die Altmark-Gemeinden Peckensen (Kreis Salzwedel) und Jahrstedt, die bei der Prüfung als „besonders untersuchungswürdig“ eingestuft wurden.

Über Gorleben könne erst im Jahr 2000 endgültig entschieden werden, erklärte Töpfers Pressesprecher Franz-August Ernde. In den 70er Jahren seien in den alten Ländern bereits Alternativ-Untersuchungen für Gorleben eingeleitet worden. 1991/92 habe man die Prüfung auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Das neue Datenmaterial werde jetzt vom Ministerium geprüft und soll Ende des Jahres öffentlich vorgestellt werden.

Das Magdeburger Umweltministerium habe erst aus den Medien von den Untersuchungen erfahren, sagte Pressespre-

cherin Lydia Hüskens. Das sei aber normal, da es noch keine konkreten Planungsvorhaben gebe.

Geologe: „Salzstöcke als Lager ungeeignet“

In Jahrstedt und Peckensen gibt es Salzstöcke, erklärte der Stendaler Diplom-Geologe Gotthard Knebel. Der Jahrstedter ist relativ klein. Bei Peckensen handele es sich aber um „eine riesige, 20 Kilometer lange Salzmauer“, die von 4000 Meter Tiefe bis auf ca. 500 Meter ansteigt. Beide Salzstöcke liegen auf der „Scholle von Calverde“, einer nach Süden abfallenden Pultscholle. Nach Norden wird sie von einer „Störungszone“ begrenzt, die unter Gardelegen in nordwestlicher Richtung verläuft. Südliche Grenze ist die „Störungszone“ von Haldensleben.

Es sei für ihn unverständlich, warum mit Jahrstedt und Peckensen zwei Salzstöcke als mögliches Atommüll-Endlager

diskutiert werden, sagte gestern der Geologe Wolfgang Rost aus Biederitz. Salzstöcke seien prinzipiell als Lager ungeeignet, weil sie immer an tektonischen Schwachstellen entstehen.

Nach Rosts Angaben gibt es über beide Bereiche detaillierte geologische Unterlagen, da dort im Rahmen der Erdgassuche seit den sechziger Jahren häufig gebohrt wurde.

„Salzstöcke haben nur scheinbar einen ökonomischen Vorteil, weil sie dicht an der Oberfläche liegen. Doch der Ärger kommt bestimmt, spätestens beim Gutachten über die Langzeitsicherheit. Denn diese Nachweis kann für einen Salzstock nicht erbracht werden“, so der Geologe, der früher in Erdöl/Erdgas Gommern gearbeitet hatte.

Die Salzstöcke bei Jahrstedt und Peckensen wären auf keinen Fall günstiger als Gorleben, denkt der Geologe: „Der einzige Vorteil: Sie liegen in Sachsen-Anhalt.“

RSK/ELA - Probeduell geht an alle Länder!

<input type="checkbox"/> Welt am Sonntag	<input type="checkbox"/> Tageszeitung	<input type="checkbox"/> Neue Zeit	<input type="checkbox"/> Kurier	<input type="checkbox"/> Wochenpost
<input type="checkbox"/> Tageszeile	<input type="checkbox"/> BILD	<input type="checkbox"/> Junge Welt	<input type="checkbox"/> Der Spiegel	<input type="checkbox"/> Eulenspiegel
<input type="checkbox"/> Bln. Morgenpost	<input type="checkbox"/> Bln. Zeitung	<input type="checkbox"/> NO	<input type="checkbox"/> Die Wirtschaft	<input type="checkbox"/>

<u>Niederrh./Vorderriem</u>	<u>Brandenburg</u>	<u>Sachsen-Anhalt</u>	<u>Sachsen</u>	<u>Thüringen</u>
<input type="checkbox"/> Ostsee-Zeitung	<input type="checkbox"/> Märkische Allom.	<input type="checkbox"/> Mitteld. Zeitung	<input type="checkbox"/> Leipziger Vztg.	<input type="checkbox"/> Thüringer Landesztg.
<input type="checkbox"/> Schweriner Vztg.	<input type="checkbox"/> Märkische Oberztg.	<input checked="" type="checkbox"/> Magd. Volksstimme	<input type="checkbox"/> Sächsische Ztg.	<input type="checkbox"/> Freies Wort
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Lausitzer Rundschau	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Dresdner Morgenpost	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> freie Presse	<input type="checkbox"/>

Original schlecht lesbar

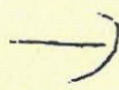
Atommüll-Endlager Alternative für Gorleben in der Altmark?

17.5.94
S. 1

265320

Hannover/Magdeburg/Bonn (EB/dpa/AP). Die Altmark-Gemeinden Peckensen (Kreis Salzwedel) und Jahrstedt (Kreis Klötze) könnten Alternativ-Standorte zum umstrittenen Atommüll-Endlager im niedersächsischen Gorleben werden. Sie gehören zu den sechs von 25 geprüften Salzstöcken in Ostdeutschland, die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als „besonders untersuchungswürdig“ eingestuft wurden.

Die Bundesregierung will an Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle festhalten, sagte gestern Umweltminister Klaus Töpfer (CDU). Seite 4



<input type="checkbox"/> Welt am Sonntag	<input type="checkbox"/> Tageszeitung	<input type="checkbox"/> Neue Zeit	<input type="checkbox"/> Kurier	<input type="checkbox"/> Wochenpost
<input type="checkbox"/> Tagesspiegel	<input type="checkbox"/> BILD	<input type="checkbox"/> Junge Welt	<input type="checkbox"/> Der Spiegel	<input type="checkbox"/> Eulenspiegel
<input type="checkbox"/> Bln. Morgenpost	<input type="checkbox"/> Bln. Zeitung	<input type="checkbox"/> VO	<input type="checkbox"/> Die Wirtschaft	<input type="checkbox"/>
Neckarab. / Vorposten	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
<input type="checkbox"/> Ostsee-Zeitung	<input type="checkbox"/> Märkische Allg.	<input type="checkbox"/> Mitteld. Zeitung	<input checked="" type="checkbox"/> Leipziger Vztg.	<input type="checkbox"/> Thüringer Landstg.
<input type="checkbox"/> Schwedischer Vztg.	<input type="checkbox"/> Märkische Oberztg.	<input type="checkbox"/> Magb. Volksstimme	<input type="checkbox"/> Sächsische Ztg.	<input type="checkbox"/> Freies Wort
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Lausitzer Rundschau	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Dresd. Morgenpost	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Freie Presse	<input type="checkbox"/>

19. 5. 94

265321

Töpfers Suche nach Gorleben-Alternative

Leichteres Spiel?

Von MARIO BECK

Die deutsche Nukleargemeinde und ihr politischer Wegbereiter, CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer, stehen unter Zeitdruck. 60 000 Kubikmeter hochverstrahlter Müll aus den Kernkraftwerken harrten zwischengelagert in Abklingbecken und in gepanzerten Behältern der Dinge, die da kommen sollen: sichere Endlagerung oder Aufarbeitung in der geplanten Atomfabrik in Hanau. Beide Entsorgungsoptionen sind gerichtsabhängig. Wie der Streit ausgeht, ist auf Jahre völlig offen. Das von den Uranverhäuern gezeichnete Modell eines sicheren Entsorgungskreislaufes hat längst seinen Bilderbuchcharakter verloren. Die Zeche für die „saubere“ Energie sind zählbare Plutonium- und Uranreste.

Wenn Töpfer jetzt Experten gen Osten schickt, um dort brauchbare unterirdische Depots aufzuspüren, spricht das für zwei Überlegungen. Er hat den „Salzstock“ Gorleben abgeschrieben und stellt damit die aller-

gischen niedersächsischen Landespolitiker zufrieden. Auf der anderen Seite rechtfertigt der Reaktortöbere damit, daß ihm in den Neuländern kein solcher Proteststurm entgegenweht wie bei seinen bisherigen Ankäufen. Morgenluft für solch leichtes Spiel dürfte der CDU-Politiker mit seinem erfolgreichen Morsleben-Vorstoß gewittert haben. Der sachsen-anhaltinische FDP-Umweltminister Wolfgang Rauls streckte schnell die Waffen, als der Bund mit dem Export von leicht- und mittelstarkem Strahlungsmüll aus den Altländern in das ehemalige Zwischenlager der DDR Ernst machte.

Töpfer muß aufpassen, daß bei seiner Suche nicht der Verdacht entsteht, Bonn wolle den Weg des geringsten Widerstandes dem der größtmöglichen Lagersicherheit vorziehen. Nur letzteres darf das Kriterium für den künftigen Standort eines Nuklearfriedhofes sein, wenn Deutschland nicht herkommt.

Original schlecht lesbar

25 III 6

265322

200

20. MAI 1994

Presseauswertung BMU

- * Frankf. Rundschau
- * FAZ
- * Die Welt
- * Bild
- * Süddeutsche Ztg.
- * Tagesspiegel
- * Handelsblatt
- * taz
- * WAZ
- * Stuttgarter Ztg.
- * Hamb. Morgenpost
- * Leipziger Volksztg.

- * General Anzeiger
- * Bonner Rundschau
- * Kölner Stadt Anzg.
- * Neue Osnabr. Ztg.
- * Hannoversche Allg.
- * Saarbrücker Ztg.
- * Express
- * Flbg. Tagesblatt
- * Elbe-Jeetzel-Ztg.
- * Die Rheinpfalz
- * Badische Ztg.
- * VDI-Nachrichten
- * Wochenpost

- * Stern
- * Spiegel
- * Die Zeit
- * Rhein. Merkur
- * Sonntagsblatt
- * Wirtsch. Woche
- * Natur
- * BN-Energ.Report
- * Welt am Sonntag
- * Bild am Sonntag
- * Auto Bild
- * Focus
- * Freitag
- * Die Woche

Klare Absage an atomares Endlager in Brandenburg

Umweltminister spricht von politischer Instinktlosigkeit / Ablehnung am diskutierten Standort Netzeband

Ste. NEURUPPIN, 19. Mai. In scharfer Form hat Brandenburgs Umweltminister Matthias Platzeck auf Berichte aus der deutschen Reaktorsicherheitskommission reagiert, wonach der nordbrandenburgische Ort Netzeband als ein möglicher Standort für ein Bundesendlager für radioaktive Stoffe in Betracht komme. „Es ist eine politische Instinktlosigkeit, über Standorte zu diskutieren, ohne die betroffenen Länder einzubeziehen“, sagte Platzeck. Obwohl Bundes- und Landesministerium auch im Bereich der Reaktorsicherheit eng zusammenarbeiteten, „hatte uns der Bund darüber nicht informiert“.

Am Mittwoch war bekanntgeworden, daß Geowissenschaftler des Bundes seit Monaten nach Alternativen für das im niedersächsischen Salzstock Gorleben geplante Endlager suchen. Dabei hätten sie sechs Salzstöcke in Ostdeutschland als besonders untersuchungswürdig bewertet. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften schloß am Donnerstag zwar Geländeuntersuchungen auf absehbare Zeit in Ostdeutschland aus. Doch wenn sich wider Erwarten die Nichteignung des Gorlebener Salzstockes erweise, werde mit Prüfungen in den neuen Ländern begonnen. Die Nachrichtenagentur dpa zitierte aus einem Sitzungsprotokoll der Reaktorsicherheitskommission in Bonn, in dem die Namen der Salzstöcke Gölze-Sumte und Kraak in

Mecklenburg-Vorpommern, Werle und Netzeband in Brandenburg sowie Peckensen und Jahrstedt in Sachsen-Anhalt genannt worden waren. Werle liegt jedoch in Mecklenburg. Netzeband ist ein 100-Seen-Ort bei Neuruppin, fast auf halber Strecke zwischen Berlin-Hamburg.

Brandenburg habe sich politisch klar gegen Kernenergie ausgesprochen und werde sich auch gegen ein Endlager auf märkischem Sand aussprechen, erklärter Plat-

zeck. Er verwies darauf, daß solch ein Endlager nicht mit der notwendigen Landes-sammelstelle für schwach- und mittelradioaktive Stoffe vergleichbar sei, da ein Endlager auch abgebrannte hochradioaktive Kernbrennstoffe aufnehmen soll. Für den Nordosten Brandenburgs erwartete Platzeck durch die Nennung des Namens Netzeband „negative wirtschaftliche Konsequenzen, weil das Thema Endlager katastrophale Wirkungen in der Öffentlichkeit hat“. Er verwahrte sich dagegen, daß der Osten Deutschlands, wo kein einziges Atomkraftwerk in Betrieb sei, „zur Kippe des westdeutschen Atom Müll“ werden soll.

In Netzeband selbst löste die Nachricht aus Bonn Bestürzung. „Gerade jetzt, wo wir erfolgreich beginnen, neues Leben in die bisher ganz auf Landwirtschaft ausgerichtete Region zu bringen, schockiert uns die Meldung natürlich besonders“, sagte Johanna Wagenfeld, Chefin der Anfang Mai eröffneten Märkischen Höfe. Mit Fördermitteln mehrerer Ministerien und der EU entstanden Pensionen, eine Garten- und eine Baumschule sowie ein Begegnungszentrum in der renovierten Kirche. Außerdem befindet sich in der Nähe der große Bombenabwurfplatz der Bundeswehr, von dem sicher ein besonderes Gefährdungspotential für ein Endlager ausgehe. „Doch wir verfallen nicht in Panik, sondern machen weiter“, bekräftigte Frau Wagenfeld.



Quelle und Infografik: Tsp

Presseauswertung BMU

* Frankf. Rundschau
 * FAZ
 * Die Welt
 * Bild
 * Süddeutsche Ztg.
 * Tagesspiegel
 * Handelsblatt
 * taz
 * WAZ
 * Stuttgarter Ztg.
 * Hamb. Morgenpost
 * Leipziger Volksztg.

* General Anzeiger
 * Bonner Rundschau
 * Kölner Stadt Anzg.
 * Neue Osnabr. Ztg.
 * Hannoversche Allg.
 * Saarbrücker Ztg.
 * Express
 * Flbg. Tagesblatt
 * Elbe-Jeetzel-Ztg.
 * Die Rheinpfalz
 * Badische Ztg.
 * VDI-Nachrichten
 * Wochenpost

* Stern
 * Spiegel
 * Die Zeit
 * Rhein. Merkur
 * Sonntagsblatt
 * Wirtsch. Woche
 * Natur
 * BN-Energ.Report
 * Welt am Sonntag
 * Bild am Sonntag
 * Auto Bild
 * Focus
 * Freitag
 * Die Woche

20. 05. 1994

Tschernobyl-Bombe tickt lauter

■ IAEO-Experte berichtet über haarsträubende Zustände in Tschernobyl / EU bringt eigene Experten zum Schweigen

Stuttgart (taz) – Über acht Jahre nach dem Atomunfall von Tschernobyl dümpeln die Nachrüstungsmaßnahmen an dem Reaktorkomplex vor sich hin. Lange angekündigte Verbesserungsmaßnahmen an den noch laufenden Blöcken sind immer noch nicht abgeschlossen. Bei ihrer letzten Mission im März dieses Jahres stieß eine Expertenkommission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) neben den bekannten Sicherheitsdefiziten auf weitere haarsträubende Mängel: Die komplexen Rohrsysteme zur Kühlung des Reaktors können nicht überwacht werden. Der Bericht über die Mission wurde von der ukrainischen Regierung allerdings nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Das berichtete Luis Lederman von der Wiener Atombehörde zum Abschluß der Jahrestagung Kerntechnik '94 in Stuttgart.

Die fehlenden Möglichkeiten zur Inspektion der Rohre seien deshalb ein „sehr kritisches Problem“, weil in anderen Anlagen desselben Typs, die über entsprechende Überwachungsgeräte verfügen, gefährliche Risse und Fehler gefunden wurden und das Abschaltssystem insbesondere der Tschernobyl-Blöcke 1 und 2 bei größeren Rohrbrüchen den Reak-

tor nicht vor dem Durchbrennen schützt.

Als „sehr ernste Schwächen“ kritisierte Lederman auch die Tatsache, daß die Hauptdampfleitungen unmittelbar über dem Kontrollraum verlaufen und gleichzeitig eine Notwarte für den Ernstfall fehlt. Außerdem gebe es immer noch erschreckende Mängel beim Brandschutz der Anlage.

Viktor Glygalow vom staatlichen ukrainischen Komitee für Reaktorsicherheit in Kiew berichtet über zahlreiche, häufig im Ansatz gescheiterte und vergebliche Versuche, den Meiler sicherer zu machen. So sei der Reaktivitätskoeffizient, der darüber entscheidet, ob bei Störfällen die nukleare Kettenreaktion ansteigt oder zusammenbricht, immer noch positiv. Im Klartext: Der Meiler hat nach wie vor einen permanenten Hang zum Durchgehen. Dennoch glaubt Glygalow, sei „eine Wiederholung des Unfalls von 1986 praktisch ausgeschlossen“. Nach einer entsprechenden Entscheidung des ukrainischen Parlaments vom Oktober 1993 sollen mit Ausnahme des 1986 explodierten Blocks 4 alle Einheiten weiterbetrieben werden. Block 2, in dessen Turbinenhalle 1992 ein Großfeuer ausbrach, soll laut Glygalow Anfang kom-

menden Jahres wieder ans Netz gehen, Block eins nur noch laufen, wenn es „absolut notwendig“ ist. Der etwas jüngere Block 3 wird noch weitere drei bis vier Jahre „ertüchtigt“, versicherte Glygalow. Zwischen 1997 und 2002 wären an den verschiedenen Reaktoren weitreichende Erneuerungsarbeiten durchzuführen. Bis dahin will die Ukraine jedoch mit westlicher Unterstützung sechs neue Druckwasser-Reaktoren sowjetischer Bauart als Ersatz für die Tschernobyl-Zentrale fertigstellen.

Für erhebliche Verärgerung bei den Veranstaltern der Atomtagung sorgte ein Maulkorb, den der EU-Direktor Rolf Timanssich und sämtlichen Wissenschaftlern umgebunden hatte, die in Stuttgart über eine EU-finanzierte Untersuchung zum Zustand der Tschernobyl-Reaktoren berichten sollten. Vor der öffentlichen Präsentation der Ergebnisse im Juni sei der Bericht „streng geheim“, ließ Timans die verdutzten Wissenschaftler wissen. Seinen eigenen Plenarvortrag ließ der Eurokrat am Tag vor dem geplanten Auftritt von seiner Sekretärin per Fax absagen. Die Art und Weise des EU-Rückzugs sei „an Unfreundlichkeit kaum zu überbieten“, meinte einer der Organisatoren. **Gerd Rosenkranz**

Bundesumweltministerium Bonn
 FAX 0228/3053225

Fernschreibstelle BMU		24.05.94
Regina Karp		03868/296
Inge Oling		03868/232
A.-H. Hoppe		Fax 03868/30012
25.05.94		6397

Atomares Endlager Ost/Kraak

265324

Aufgeschreckt durch die Radiomitteilungen über Antenne MV vom 18.05.1994 und den Artikel in der Schweriner VZ vom 19.05.1994, wurde den Bewohnern in und um Kraak offeriert, daß ihre Ortschaft mit seiner geologischen Beschaffenheit als möglicher, idealer Standort für ein Atommülllager in Frage kommt.

Nicht genug das Kraak bereits durch einen Erdgas-Untergrundspeicher der Hamburger Gaswerke belastet werden soll, Genehmigungen sind hierzu durch das Bergamt Rostock und das Schweriner Wirtschaftsministerium bereits erteilt worden, wird nun scheinbar erneut ohne vorherige Bürgerinformation versucht, der Region um Kraak eine noch größere Bürde aufzulasten.

So kann und wird dies nicht länger hingenommen.

Unverständnis und Empörung breitet sich in der Region aus. Die Bürger fordern zu Recht parteiübergreifendes Handeln.

Die Belastungen für die Gemeinde Rastow/Kraak ergeben sich dabei nicht nur aus dem möglichen Gefahrenpotential einer atomaren Endlagerungsstelle.

Rastow, Kraak und die umliegenden Gemeinden sind Dörfer mit vorwiegendem Wohncharakter. Die Landesregierung hat eine Ausweitung der gewerblichen Nutzflächen bisher unterbunden und unterstützte dafür die Neuschaffung von Wohngebieten. Die so im Vorwege entstandenen Belastungen für die Gemeinden sind dabei erheblich. An eine Vermarktung der Bauflächen und die Ansiedlung neuer Mitbürger ist aber wohl kaum zu denken, wenn über den Gemeinden das Schreckgespenst namens Atommülllager schwebt.

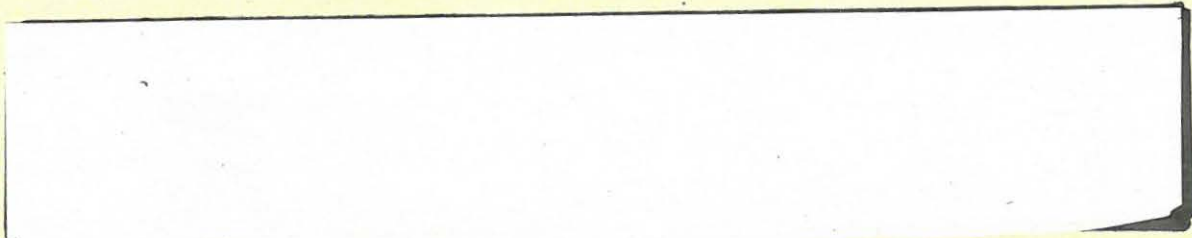
Ferner verfügt die gesamte Region um Kraak über keine zentrale Abwasserentsorgung, die Straßen sind dringend sanierungsbedürftig, es fehlt an Bürgersteigen und Radwegen und selbst die Oberflächenentwässerung bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Dies alles sind Probleme, deren Lösungen eindeutig im Vordergrund stehen.

Durch das nun verbreitete Negativ-Image wird es der ganzen Region unnötig schwer gemacht, sich mit der notwendigen Dringlichkeit weiter zu entwickeln.

Für den Standort Kraak kann dies nur bedeuten, daß er als Endlagerungsstelle indiskutabel ist. Hierzu bedarf es von Ihrer Seite einer schnellen verbindlichen Erklärung, hierzu treffen wir uns am Mit., d.25.05.94, um 19.00 Uhr in "Traudis Bierstuben".

Mit freundlichen Grüßen

BIK



Erh. 24. Mai 1994 P
Anlagen

Büro Bonn:
Bundeshaus, NH 432
63113 Bonn
Tel: (0228) 169313
Fax: (0228) 1686618

001/001

Alage 500

Hans-Joachim Hacker
Mitglied des Deutschen Bundestages
J P J

Parlamentarischer
Sekretariat

Abgeordnetenbüro Schwarzlin:
Wannarache Str. 152
19055 Schwärin
Tel: (0385) 512518
Fax: (0385) 512517
20. Mai 1994
2009mb11

Original schlecht lesbar

1994 V. 20 10;53

Ma 20/5

265325

Schriftliche Fragen an die Bundesregierung

BMU

1204

1. Prüft die Bundesregierung die Möglichkeit der Endlagerung von Nuklearabfällen in Mecklenburg-Vorpommern, und wann ja, an welchem Standort?

BMU

2. Für den Fall, daß die Frage unter 1) bejaht wird,

1705

in welchem Umfang sind Untersuchungen zu möglichen Standorten durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben worden, und wie erfolgte die Information gegenüber den Bewohnern anliegender Gemeinden?

BMI

1706

3. Trifft es zu, daß den Heimatortskarteistellen schntausende Anträge aus den neuen Ländern auf Wohnsitzbestätigung zur Antragsstellung auf Vertriebenenanzuwendung vorliegen und diese Anträge nicht bearbeitet bzw. ohne Wohnsitzbestätigung zurückgegeben werden?

BMI

1707

4. Welches Verfahren soll in den Heimatortskarteistellen hinsichtlich der Vielzahl vorliegender Anträge aus den neuen Ländern praktiziert werden, und ist die Bundesregierung bereit, im Wege der Verwaltungsanweisung eine zügige Bearbeitung dieser Anträge zugunsten der in den neuen Ländern lebenden Heimatvertriebenen anzuordnen?

Hans-Joachim Hacker

BITTE SOFORT
AUF DEN TISCH!

Kab-Parl-Ref.

Bonn, den 24.05.94
Hausruf: 2143
nachrichtlich

Ref.

RS III 6

PSt. _____ St. _____
AL: RS
UAL-SVIAL: RS III
Ref.: RS III 7

Für die Zuleitung eines Antwortentwurfs
(2-fach) - nach Abzeichnung d. d. Herrn AL -
bis 30.05.94
wäre ich dankbar.
Im Auftrag

A-100/15

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

RS III 6 - 13290/0

265326

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29 · 5300 Bonn 1

Postanschrift:
Postfach 12 06 29
5300 Bonn 1
Fernruf: (0228) 305-29 53
Telex: 8 857 90
Teletex: 228 38 54
Dienstgebäude Nr.: 5
8. Mai 1991

Bundesanstalt für Geowissenschaft
und Rohstoffe
Postfach 51 01 53

3000 Hannover 51

Betr.: Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde radioaktive
Abfälle

Bezug: Besprechung bei BMU vom 18. April 1991

Anlq.: - 1 -

Sehr geehrte Damen und Herren!

Für die gemeinsam von BMFT und mir getragene und mit Ihnen in Ergänzung zu den bisher vorliegenden Berichten über die Eignung von Salzstöcken in den alten Bundesländern besprochene Untersuchung "Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle" bitte ich Sie um Ermittlung, welche Salzlagerstätten in den neuen Bundesländern ggf. untersuchungswürdig insbesondere im Hinblick auf die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle sind.

Entsprechend dem Ergebnis der o.g. Besprechung (vgl. Ergebnisvermerk in der Anlage) bitte ich Sie, auf der Grundlage der verfügbaren Daten eine Übersicht über Standorträume, an denen später erforderlichenfalls Felduntersuchungen durchgeführt werden könnten, in den neuen Bundesländern analog den in der Vergangenheit für das Gebiet der alten Bundesrepublik bereits durch die BGR durchgeführten Arbeiten zu erstellen.

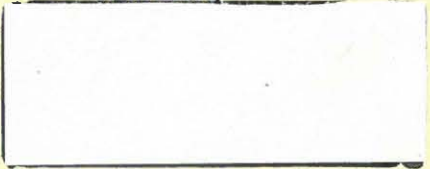
Dienstgebäude	Telefax	Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln
1 = Kennedyallee 5	1 = 305-3225 4 = 305-2899	1 = Hochkreuz Stadtbahnlinien 16/63-45
2 = Bernkasteler Straße 5, 5 = Graurheindorfer Straße 92	2 = 305-3524 5 = 305-3746	Bushaltestelle 614 u. 616
3 = Godesberger Allee 90 (Eingang Husarenstraße 30)	3 = 305-2685 6 = 305-2399	2 = Hochkreuz Buslinie 612
6 = Ahrstraße 20		3 = Hochkreuz Stadtbahnlinien 16/63
		4 = Bushaltestelle Augustinum Linie 638
		Straßenbahnhaltestelle Finanzministerium Linie 61
		6 = Bushaltestelle Lin. 610 Dendziger Straße
		614 Deutsche Forschungsgemeinschaft

Ich gehe wie besprochen davon aus, daß eine zunächst als erste Phase zu erstellende Grobstruktur voraussichtlich Ende 1991 abgeschlossen sein wird. Nach Vorliegen der Ergebnisse der ersten Phase werde ich erneut zu einem Gespräch über den Fortgang der Arbeiten mit dem Ziel, zu konkreten geowissenschaftlich beschriebenen Standorten, die vertieft untersuchungswürdig sein könnten, zu gelangen, einladen.

Der Bundesminister für Wirtschaft erhält Durchschrift dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



A Key 60 60

Der Bundesminister für Forschung und Technologie

316 - 5555 - 67 - 7/91
Geschäftszeichen

Tel. (02 28)
59-3762
oder 59-0

Datum
31.05.1991

265328

BMFT Postfach 20 02 40 5300 Bonn 2

Bundesanstalt für
Geowissenschaften u. Rohstoffe
Postfach 51 01 53

3000 Hannover 51

Betr.: Standorterkundung für stark wärmeentwickelnde Abfälle

- Bezug: 1. Gespräch zwischen BGR, BMU und BMFT am 18. April 1991
in Bonn
2. Schreiben des BMU - RS III 6 - 13290/0 vom 08. Mai 1991
an die BGR mit Vermerk über das Ergebnis der o. g.
Besprechung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ausgehend von dem Ergebnis der vorgenannten Besprechung und in Ergänzung der Beauftragung Ihres Hauses durch den BMU mit der Aufgabe, auf dem Gebiet der Neuen Bundesländer ggfls. untersuchungswürdige Salzlagerstätten im Hinblick auf die Endlagerung stark wärmeentwickelnder Abfälle zu ermitteln, bitte ich um eine analoge Untersuchung für dortige nichtsalinare Formationen.

Es ist zweckmäßig, die Aufgabe gemäß Ihrem in o. g. Sitzung vorgelegten Vorschlag für das Bearbeitungsprogramm (BGR - 2.11 vom 10.04.1991, als Anlage noch einmal beigelegt) entsprechend durchzuführen. In Phase 1, die auch hier zum Jahresende beendet sein sollte, wäre das erste Toret der Zielsetzung zu erledigen, das, angepaßt an die obigen Ausführungen, jetzt lautet: Untersuchung über Standortmöglichkeiten zur Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in nichtsalinaren Formationen. Die anschließende Phase 2 hätte die übrigen beiden Teilthemen zum Gegenstand.

Die Bearbeitungsphase 1 wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf Kristallin und Sedimentgestein konzentrieren. Dies ist jedoch in einem einleitenden Kapitel zu begründen.

Kriterien für die spätere Auswahl potentieller Endlager-Standorte liegen für Festgestein noch nicht in dem notwendigen Detaillierungsgrad und Umfang vor. Sie wurden für saline Formationen anlässlich früherer Untersuchungen bereits erarbeitet.

Für die hier zur Diskussion stehenden Aufgaben sollen sie im Rahmen der Phase 1 erstellt werden.


Wie vereinbart, wird am Ende des Jahres ein Gespräch zwischen Ihrem Hause, BMU und BMFT über die Ergebnisse stattfinden und das weitere Arbeitsprogramm im einzelnen festgelegt.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Der Bundesminister für Wirtschaft und der BMU erhalten Durchschriften dieses Briefes.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



H. Dr. Blümel H. Dr. Blümel
305
(KJ.)

Unterabteilungsleiter RS III

Bonn, den 19.05.94
Hausruf: 29 50

Referat RS III 6

265330

Betr.: Diskussion um die Erkundung alternativer Standorte zu
Gorleben

Nach heutiger Rücksprache mit Abteilungsleiter RS bitte ich

- in den im September diesen Jahres fertigzustellenden Berichten keine Reihung der betrachteten Standorte vorzunehmen. Unberührt hiervon bleibt die Entwicklung von Eignungskriterien, denen in Frage kommende Endlagerstandorte genügen müssen. Ich habe in diesem Sinne bereits Dr. Blümel / BGR unterrichtet. Mit dem BMFT bitte eine entsprechende Absprache zu treffen, damit beide Aufträge analog abgewickelt werden.
- von einer weiteren Beratung dieser Thematik in der RSK abzusehen,
- in die Vorbereitung der nächsten Sitzung des Kuratoriums der BGR auch auf die aktuelle Diskussion um Standortalternativen und die im Hintergrund stehenden ^{Auf}träge von BMU und BMFT einzugehen.

Herrn Dr. Blümel habe ich im übrigen gebeten, sich gegenüber Presse oder Landesministerien nicht zu den von der BGR untersuchten Standorten zu äußern, sondern hierzu auf den BMU als Auftraggeber zu verweisen.


Dr. Matting